bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 01 | 04. Januar 2008

Rechte Szene 2

Bröckelndes Bündnis
Im Umfeld der NPD mehrt sich die Kritik am „Deutschlandpakt“ und der DVU.

„Europäische Denkfabrik“
In der „Kontinent Europa Stiftung“ wollen sich Vertreter der extremen Rechten vernetzen – gemeinsame Feindbilder sind die USA und der Islam.

Prozesse 5

„Wortgewaltige Störung“
Die vor Gericht stehende Rechtsanwältin Sylvia Stolz hat sich als „Anhängerin des Nationalsozialismus“ bekannt.

Grauzone 6

Programmatisches „Minimum“
Karlheinz Weißmann kann das politische Selbstverständnis von „Konservativismus“ für die „Neue Rechte“ nicht erläutern.

Initiativen gegen rechts 7

Absage an „Nazi-Hotel“
DGB veröffentlicht Broschüre über das Engagement der Delmenhorster gegen ein angeblich geplantes braunes Schulungszentrum.

Hamburgs „braune Jungs“
„Freys Statthalter“ & Co. in der Hansestadt

Blick in die Zeitgeschichte 8

Systematische Ausgrenzung
Bundesminister Wolfgang Tiefensee stellt Gutachten über die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums vor.

Daten deutscher Geschichte
Vor 75 Jahren übernahmen Hitler und seine Nazi-Partei die Macht – demokratische Politiker und Gewerkschafter wurden alsbald verhaftet, die Verfolgung der Juden nahm ihren Lauf.

Meldungen 11

Rechte Szene

Bröckelndes Bündnis

Im Umfeld der NPD mehrt sich die Kritik am „Deutschlandpakt“ und der DVU.

Eine Liebesheirat war der „Deutschlandpakt“ nie, eher ein Zweckbündnis. Doch nun, so fürchten NPDler, kommt dem Bündnis mit der DVU auch noch der Zweck abhanden: die Chance, durch getrenntes, aber koordiniertes Marschieren in möglichst viele Landesparlamente einzuziehen.

Beim Bundesparteitag der NPD im November 2006 hatte deren Vorsitzender Udo Voigt ausdrücklich ein Bekenntnis zur Vereinbarung mit der Frey-Partei abgelegt, die die Kandidaturen beider Parteien bis Ende 2009 festlegt. „Punkt- und kommagenau“ werde der Pakt eingehalten. Das gelte, versicherte Voigt, auch für die Landtagswahl in Thüringen, die der DVU zugesprochen war, auf die aber mancher NPDler bis hin zu Generalsekretär Peter Marx ein begehrliches Auge geworfen hatte. Ein Schlusswort in der Diskussion über Sinn und Unsinn der Vereinbarung war Voigts Beteuerung aber nicht. Vor allem in Thüringen und Brandenburg grummelt es an der Basis weiter.

Ein ums andere Mal muss Brandenburgs Landesvorsitzender Klaus Beier dementieren, dass der forcierte Strukturaufbau seiner Partei dem Ziel dient, bei der Landtagswahl im Herbst 2009 die im Potsdamer Parlament vertretene DVU zu beerben. Zuletzt beim Landesparteitag Anfang Dezember 2007 in Birkenwerder: Die „vom Verfassungsschutz und anderen Desinformanten verbreitete These“, die NPD wolle selbst zur Landtagswahl 2009 antreten, sei „reines Wunschdenken derer, die sich Hoffnungen auf eine Zersplitterung nationaler Wählerstimmen hingeben“, erklärte Beier. Doch Beobachter haben Zweifel, ob sich der Parteibasis auf Dauer vermitteln lässt, dass all ihre Anstrengungen auf Kommunalmandate gerichtet sein sollen, nicht aber auf die Landespolitik.

In Thüringen versucht der Landesvorstand mit seinem Vorsitzenden Frank Schwerdt, keine offene Diskussion über den „Deutschlandpakt“ aufkommen zu lassen. Schwerdt und der DVU-Landeschef Walter Beck betonten beim NPD-Landesparteitag am 8. Dezember 2007 in Fröbitz dessen Gültigkeit. So ganz ließ sich freilich die Diskussion über den Pakt nicht verhindern. Thomas Gerlach, „freier Nationalist“ aus Altenburg und Organisationsleiter des „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“, störte die Harmonie. Nur die NPD könne 2009 den Sprung ins Erfurter Landesparlament schaffen, erklärte er: „Es ist kein Geheimnis, dass die DVU in Thüringen nicht in der Lage sein wird, einen flächendeckenden und glaubwürdigen Wahlkampf für eine Landtagswahl hier mit landeseigenen Kräften zu gestalten.“ Gerlach setzt auf eine Korrektur des Deutschlandpaktes und sieht sich dabei als Sprecher der „Freien“ in Thüringen: „Wir hoffen, dass die Parteiführer sowohl der NPD als auch der DVU nicht starr einen Pakt umzusetzen versuchen, obwohl sich die Chance auf den Einzug einer nationalen Landtagsfraktion im Freistaat bietet.“ Auch Thorsten Heise, im Landes- wie im Bundesvorstand der NPD für die Kontakte mit den „Freien“ zuständig, habe die „Stimmung an der Basis“ bekräftigt.

Tatsächlich dürfte kein NPD-Landesverband in so kurzer Zeit so gewachsen sein wie der in Thüringen. Seit 2004 hat sich die Mitgliederzahl von 180 auf jetzt mehr als 500 verdreifacht. Und: Der Landesverband wurde auch jünger, aktivistischer und neonazistischer. Im jüngsten Bericht des Landesverfassungsschutzes wird das Durchschnittsalter der Vorstandsmitglieder mit etwa 31 Jahren angegeben. Es sei der NPD gelungen, zahlreiche Mitglieder aus dem neonazistischen Spektrum zu gewinnen: „Alle Mitglieder des Landesvorstands, aber auch die Mehrheit derjenigen, die den Kreisverbänden vorstehen, entstammen dem neonazistischen Spektrum.“ Thüringen zähle zu den Ländern, „in denen die Einbeziehung von Neonazis in die NPD am weitesten fortgeschritten ist“.

Dass in einem so geprägten Landesverband, der bei der Bundestagswahl 2005 mit 3,7 Prozent nach Sachsen das zweitbeste Landesergebnis der NPD erzielte, die Bereitschaft nicht sehr ausgeprägt ist, der Frey-Truppe das Feld zu überlassen, erscheint logisch. Zumal die DVU sich nicht nur nach Einschätzung der Verfassungsschützer in einem „desolaten Zustand“ befindet. Von 2004 bis 2006 schrumpfte sie von 90 auf 60 Mitglieder. Einziger „Lichtblick“ im Lande ist das Städtchen Lauscha, wo ihr Kandidat Uwe Bäz-Dölle bei der Bürgermeisterwahl im Mai 2006 auf 18 Prozent kam.

Bäz-Dölle freilich ist nicht unbedingt ein DVUler, wie ihn sich Parteichef Gerhard Frey vorstellt – pflegt er doch engste Kontakte nicht nur zur NPD, sondern auch zur Kameradschaftsszene.

Doch nicht nur das Bild, das die DVU in Thüringen abgibt, spricht nach Ansicht der Deutschlandpakt-Kritiker in NPD und deren Umfeld gegen deren Wahlantritt. Sie erinnern daran, dass die DVU im Frühjahr 2006 trotz guter Voraussetzungen ihre Chance in Sachsen-Anhalt nicht habe nutzen können, als sie mit 3,0 Prozent deutlich den Einzug ins Parlament verfehlte. Gerlachs Fazit: „Wozu sollte ein Pakt gut sein, der zwar die Wahlantritte regelt, diese dann aber so gelegt sind, dass keine Fraktion einziehen kann?" Noch drastischer drückt es einer seiner Kameraden in einem Internetforum aus: Er fragt, ob die „Kameradinnen und Kameraden", die sich tagtäglich mit den Problemen und Nöten der Bürger beschäftigen würden und Aufklärungsarbeit leisteten, mitansehen sollten, „wie 'ne DVU Deppentruppe mit so geistreichen Wahlplakaten wie 'Jetzt Protest wählen' oder 'Schnauze voll? Jetzt DVU!' die Arbeit kaputt machen, die sie die letzten Jahre geleistet haben?"

Auch in Hamburg gibt es Irritationen im NPD-DVU-Bündnis. Dort stellte die DVU für die Bürgerschaftswahl im Februar 2008 nicht nur eine Landesliste ganz ohne NPD-Vertreter auf, sie kürte mit Matthias Faust auch einen Spitzenkandidaten, der für die NPD ein rotes Tuch sein müsste. Faust gehörte einst selbst der NPD an, war Kreisvorsitzender in Eimsbüttel und stand hinter der später geschassten Landesvorsitzenden Anja Zysk. Die „taz" zitierte ihn nun mit den Worten, die Forderungen der DVU seien „vernünftig und bürgernah, nicht rückwärts gewandt, 60 bis 70 Jahre zurück wie bei der NPD". Zwar bestritt der Spitzenkandidat später, den letzten Halbsatz gesagt zu haben, doch jene in der Hamburger NPD, die noch eine Rechnung mit ihm offen haben, fühlten sich in ihrem Bild von Faust bestätigt. Er sei ein „Postenjäger", „Glücksritter" und „Verräter", der im Wahlkampf nicht unterstützt werden dürfe, schrieb Thorsten de Vries, der führend an Zysks Demontage beteiligt war. „Halte besser deine Fresse 'Faust' bevor ich mich in deiner Gegenwart mal irgendwann richtig vergesse", drohte er dem ehemaligen Parteifreund und jetzigen Deutschlandpakt- Bündnispartner gleich noch Gewalt an.

Tomas Sager

„Europäische Denkfabrik"

In der „Kontinent Europa Stiftung" wollen sich Vertreter der extremen Rechten vernetzen – gemeinsame Feindbilder sind die USA und der Islam.

Im kommenden März soll an einem bislang nicht bekannten Ort ein „Erster Europäischer Publizistenkongress" stattfinden. Veranstalter ist eine in Schweden beheimatete Organisation, die den Namen „Kontinent Europa Stiftung" (K-E-S) trägt und in der zahlreiche bekannte Rechtsextremisten aus der Bundesrepublik mitmischen. Die selbst ernannte „neue europäische Denkfabrik" will „Wissenschaftler des Kontinents zusammenführen, um gemeinsam Geschichte und Zukunft unserer europäischen Heimat zu pflegen und zu einen."

Feindbild der „Vernetzung identitätsbewusster Europäer" sind die USA und der Islam: „Europa kann und muss jene Vormachtstellung in der Welt zurückgewinnen, die es vor 150 Jahren noch inne hatte. Nur so können sich die weißen Völker in einer multipolaren Welt zwischen einem aggressiven Amerikanismus und einem expandierenden Islam erhalten" – heißt es auf der Homepage der „Kontinent Europa Stiftung". Gegen die „zunehmende Dominanz der USA auf allen Gebieten" setzt man auf ein Bündnis mit Russland, das als „ein Teil des alten Kontinents" gewertet wird. Angestrebt wird die „Schaffung eines eurosibirischen Raumes". Der in rechtsextremen Kreisen weithin verteufelte Euro soll als Währung auch in Russland eingeführt werden und weltweit den Dollar als Leitwährung ablösen.

Der Schwede Patrik Brinkmann (Jg. 1966) rief die „Stiftung" im Juni 2004 gemeinsam mit seiner Frau Svetlana ins Leben. So lautet auch die Postfachadresse von K-E-S auf den Wohnort von Brinkmann in Jönköping. Im Juni 2002 hatte sich Brinkmann im Gästebuch der Homepage der Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Nordrhein-Westfalen verewigt mit der Feststellung, dass „Memel, Königsberg, Wien ... deutsche Städte" seien. Im November 2007 hielt sich Brinkmann zeitweilig in Schwerin bei Gleichgesinnten aus NPD-Kreisen auf. Treffen der Leitungsgremien der Stiftung fanden bislang unter anderem in Berlin und dem Elsaß statt.

Als Propagandainstrument nutzt die Stiftung das Internet. Die dort nur spärlich vorhandenen Texte

sind in deutscher, englischer, französischer, russischer, spanischer und italienischer Sprache abrufbar. In der von der Kontinent Europa Stiftung herausgegebenen Reihe „Metapedia. Die alternative Enzyklopädie" sind bislang „Die Rückkehr des verlorenen Russlands" von Rudolf Rahlves sowie „Feindliche Übernahme? Der Kampf des Islam um Europa" von Gideon J. Harvey erschienen. Tenor des Buches von Harvey, so eine Rezension in der Wochenzeitung „Junge Freiheit", ist es, dass nur mit einer „Rückbesinnung auf Gott" der „Islamisierung Europas Einhalt geboten werden" könne. Rahlves ist Buchautor des geschichtsrevisionistischen Grabert-Verlages und Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit".

Den Vorsitz der Stiftung hat Gert Sudholt (Jg. 1943), Ziehsohn des einstigen stellvertretenden Pressechefs der NS-Reichsregierung, inne. Sudholt, Leiter der Verlagsgesellschaft Berg aus Inning (Oberbayern), eines größeren rechtsextremen Verlagskomplexes, ist wegen Volksverhetzung verurteilt. Bereits im Gründungsjahr der K-E-S machte der Verleger und Publizist, ehemals Vorsitzender der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), ganzseitig in der zu seinem Haus gehörenden Zweimonatszeitschrift „Deutsche Geschichte" (Druffel & Vowinckel-Verlag) auf diesen europaweiten rechtsextremen Zusammenschluss aufmerksam.

„Die Vormachtstellung in der Welt zurückgewinnen"

Den Leitungsgremien der Kontinent Europa Stiftung gehören neben anderen aus der Bundesrepublik Deutschland Pierre Krebs, Andreas Molau, Wolfgang Seiffert, Walter Post, Olaf Rose, Dankwart Kluge, Lutz Dessau und Rüdiger Schrembs an. Krebs ist Vorsitzender des 1980 gegründeten Thule-Seminars, das sich als „geistig-geschichtliche Ideenschmiede für eine künftige Neuordnung aller europäischen Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres biokulturellen und heidnisch-religiösen Erbes" versteht. Krebs trat 2003 auf dem vom NPD-Verlag Deutsche Stimme veranstalteten „1. Freiheitlichen Kongress" auf. Molau, Bundesvorstandsmitglied der NPD, ist NPD-Spitzenkandidat bei der niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar. DDR-Emigrant Seiffert, „ehemals Honeckers enger Kampfgenosse" („Der Spiegel"), greift für die Wochenzeitung „Junge Freiheit" zur Feder und ist Buchautor des neurechten österreichischen Ares Verlages. Post kandidiert am 2. März 2008 als Spitzenkandidat für die rechtsextreme Gruppierung „pro München" bei den Kommunalwahlen in Bayern. Er ist Buchautor des Grabert-Verlages und Referent bei der GFP. Rose, GFP-Vorstandsmitglied und Publizist, Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen, tritt als gern gesehener Referent in rechtsextremen Zusammenhängen auf, beispielsweise 2006 bei der „Nationalversammlung des Deutschen Ostens", dem „Parlament" des Pseudo-Exilstaates „Vereinigte Ostdeutsche Reichsgebiete" (VODR). Kluge referierte unter anderem bei der rechtsextremen österreichischen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik und der GFP. Dessau gehört wie Molau zur Redaktionsmannschaft des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme". Schrembs, einst NPD-Vorstandsmitglied in Bayern, ist Sprecher von „pro München".

In den Führungsgremien der „Stiftung" sind ferner Alexander Kamkin, Pier Severini, Jean Haudry, Wjatscheslaw Daschitschew, Enrique Ravello und Pierre Vial vertreten. Kamkin ist Auslandsreferent der National-Patriotischen Front Russlands (Pamjat) und hielt beim zweiten NPD-„Fest der Völker" am 8. September 2007 im thüringischen Jena eine Rede. Der „Indogermanen-Forscher" Haudry war ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift „Elemente zur Metapolitik", vormals Sprachrohr des Thule-Seminars. Daschitschew, Autor der „National-Zeitung", trat als Redner beim Bundesparteitag der DVU im Januar 2007 in Erscheinung. Ravello, Gelegenheitsautor des NPD-Blatts „Deutsche Stimme", ist Herausgeber der spanischen Zeitschrift „Tierra y Pueblo" und Vorsitzender der 2003 gegründeten gleichnamigen Vereinigung. Der „Blut-und-Boden"-Ideologe Pierre Vial, früherer Generalsekretär des GRECE, ist Gründer und Präsident des völkisch-rassistischen Zirkels „Terre et Peuple". Nicht mehr im Direktorium der Stiftung vertreten ist der Argentinier Carlos Dufour, zeitweiliger Autor der „Elemente zur Metapolik", der auch für die „Deutsche Stimme" zur Feder greift. 1991 hatte Dufour als Gastredner am NPD-Bundesparteitag in Herzogenaurach teilgenommen. Einen Leserbrief in der Hitler-treuen spanischen Zeitschrift „Cedade" beendete Dufour mit der Aufforderung: „Arm hoch!".

Anton Maegerle

Prozesse

„Wortgewaltige Störung"

Die vor Gericht stehende Rechtsanwältin Sylvia Stolz hat sich als „Anhängerin des Nationalsozialismus" bekannt.

Der Prozess gegen die 44-jährige Rechtsanwältin Sylvia Stolz vor dem Landgericht in Mannheim geht im neuen Jahr weiter. Begonnen hatte das Verfahren vor der 4. Strafkammer des Landgerichts unter dem Vorsitzenden Richter Rolf Glenz am 15. November 2007. Das vorläufige Prozessende ist auf den 29. Januar terminiert. Eine Verurteilung von Frau Stolz in Mannheim hätte wohl auch den Verlust ihrer Zulassung als Rechtsanwältin zur Folge.

Die Anklage wirft der Juristin unter anderem Volksverhetzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Nötigung, versuchte Strafvereitelung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung vor. Die insgesamt elf Anklagepunkte sind mit bis zu fünf Jahren Haftstrafe bewehrt. Vertreter der Anklage ist Staatsanwalt Andreas Grossmann. Verteidigt wird Frau Stolz von dem Rechtsanwalt Ludwig Bock, der bereits Ernst Zündel (68) bei dessen Prozess am Mannheimer Landgericht im Jahr 2006 juristisch zur Seite stand, und einer Pflichtverteidigerin. Diese muss auf Wunsch der Angeklagten möglichst weit weg von Stolz und Rechtsanwalt Bock sitzen, um deren Vertraulichkeit nicht zu stören. Der 65-jährige Mannheimer Ludwig Bock hingegen genießt offensichtlich das uneingeschränkte Vertrauen der Angeklagten. Bock, einst selbst für die NPD beziehungsweise deren Studentierendenorganisation NHB tätig, vertrat in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt Alt- und Neonazis, Südtirol-Terroristen und Revisionisten, darunter auch den Deutsch-Kanadier Zündel. Dies, obwohl er seine Kanzlei in der Quadratestadt Mannheim schon vor Jahren aufgegeben hat.

Ein Höhepunkt des laufenden Stolz-Verfahrens war die Zeugen-Befragung von Richter Ulrich Meinerzhagen. Meinerzhagen berichtete am 4. Dezember von den Geschehnissen im Rahmen des Prozesses gegen den Revisionisten Ernst Zündel, der bis zu ihrem endgültigen Ausschluss im April 2006 von Sylvia Stolz verteidigt wurde. Die Verteidigerin, so der Richter, „führte wortgewaltig die Störung der Verhandlung fort". Zudem habe sich „Frau Stolz Äußerungen zu eigen gemacht, die volksverhetzenden Charakter hatten". Des weiteren stellte die Anwältin „umfangreiche Beweisanträge, die mit dem Verfahren nichts zu tun, aber antisemitischen Charakter hatten". Die Anwältin Stolz bekannte sich in dem Zündel-Verfahren ohne Vorbehalte als „Anhängerin des Nationalsozialismus" in ihren Schriftsätzen. Sie hatte „die Stirn", ihre Beschwerdebegründung, „mit Heil Hitler zu beenden". So sah Richter Meinerzhagen sich am 5. April 2006 gezwungen, Frau Stolz nach ihrer Weigerung dem Ausschluss Folge zu leisten, aus dem Gerichtssaal tragen zu lassen.

Der Tag der Abrechnung

Die Befragung von Meinerzhagen durch die Angeklagte, erst nach Minuten des buchstäblichen Ordnens und Sortierens von zahllosen Unterlagen und Schriftsätzen beginnend, geriet sehr schnell zur Farce. Es ging Sylvia Stolz offensichtlich darum, Meinerzhagen zu verunsichern und desavouieren und Punkte in Sachen Revisionismus zu sammeln. „In stereotyper Weise", so das Gericht, richtete sie Fragen an Meinerzhagen, die dessen Haltung zum Holocaust zum Gegenstand hatten. Das Gericht untersagte daraufhin Sylvia Stolz, den Zeugen weiter zu befragen. Der siebte Verhandlungstag am 11. Dezember konnte mit der Vernehmung weiterer Zeugen fortgesetzt werden. Am 18. Dezember hatte die Strafkammer die Beweisanträge von Sylvia Stolz abgewiesen, da sie lediglich hat das Ziel hatten, den offenkundigen Holocaust in Zweifel zu ziehen. Richter Genz verglich dieses Verhalten mit einem Betrüger, der zu seiner Verteidigung die Grundrechenarten anzweifle. Die Reaktion fiel entsprechend aus. Stolz wähnte sich „in einem sowjetischen Gulag" und drohte, wie bereits zuvor Richter Meinerzhagen im Zündel-Prozess, mit dem Tag der Abrechnung.

Das Publikum im Strafverfahren Stolz besteht zu einem nicht unerheblichen Teil aus Sympathisanten der rechtsextremen Szene, darunter ihr Lebenspartner und augenscheinlicher spiritus rector Horst Mahler (71) sowie der 67-jährige Günter Deckert aus dem nahen Weinheim. Der einstige NPD-Funktionär fertigt für jeden Prozesstag ein Protokoll für die braunen Interessenten an.

Patricia Baur

Grauzone

Programmatisches „Minimum“

Karlheinz Weißmann kann das politische Selbstverständnis von „Konservativismus“ für die „Neue Rechte“ nicht erläutern.

Er gilt als „Kopf“ der Neuen Rechten, was sein Engagement für das „Institut für Staatspolitik“, seine Beiträge für die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ oder seine unterschiedlichen Buchpublikationen deutlich machen. Als jüngste Schrift Karlheinz Weißmanns erschien jetzt „Das konservative Minimum“ in der Edition Antaios, Schnellroda. Der schmale Band von knapp unter 100 Seiten versteht sich nach Angaben des Autors als „Inhalts- und Positionsbestimmung“, als „Versuch, dem Begriff ‘konservativ’ wieder einen Sinn zu geben, und das heißt: ihn als Kampfbegriff zu etablieren“ (S. 9). Demnach soll die Schrift als programmatisches Werk zur Bestimmung eines Konservativismus-Verständnisses dienen, gleichzeitig aber auch inhaltliche Frontstellungen und Unterschiede sowie Handlungsoptionen und Selbstverständnis aufzeigen. Weißmanns Text mit – demnach dezidiert erhobenem – theoretischem Anspruch gliedert sich in sechs Kapitel, welche nur eingeschränkt aufeinander bezogen sind und insgesamt eher fragmentarisch wirken.

Zunächst konstatiert der Autor einen konservativen Trend, habe sich doch in der Gesellschaft „stillschweigend die Annahme von der prinzipiellen Berechtigung des Konservativen durchgesetzt“ (S. 11). Dominierend sei aber ein unpolitisches Verständnis, das „zu einer naiven Akzeptanz der bestehenden Verhältnisse“ (S. 17) neige. Das „konservative Minimum“ in seinem Sinne gründe auf „Erfahrung“ als „Leitlinie des Handelns“ (S. 29) und auf der „Hochschätzung des Lebenden“ (S. 24), wobei Letzteres nicht im Sinne des Biologismus verstanden werden solle. Konservative könnten heute Passagiere, also Betrachter von Entwicklungen, oder Steuerleute, Akteure von „Entscheidungen“, sein. Für Letzteres plädiert Weißmann, wobei hierfür der konservative Mensch der „Kühnheit“ (S. 46) bedürfe. Er sollte aber nicht in die Falle des Pluralismus tappen, laufe dieser doch auf die „Suspendierung politischer Entscheidungen“ (S. 47) oder auf die Ausgrenzung der Konservativen durch den „dahinter verborgenen Machtwillen“ (S. 61) hinaus.

Trotz einer Renaissance des Konservativen verfügten dessen Anhänger laut Weißmann über keinen politischen Bezugspunkt. Die Unionsparteien hätten Repräsentanten ihres rechten Flügels ausgegrenzt oder diszipliniert und schon in den 1980er Jahren „alle konservativen Prinzipien“ (S. 77) verraten. Heute sei es für das eigene politische Selbstverständnis wichtig, nicht Oberflächenphänomene, sondern den Kern des gesellschaftlichen Problems anzugehen: „Dieser Kern ist Dekadenz, das heißt Bedrohung durch Perversion und inneren Zerfall“ (S. 83). Darüber hinaus bedürfe es einer „Klärung von ‘Wir’ und ‘Nicht-Wir’“ (S. 86), so Weißmann. Man solle sich nicht nostalgisch an vergangenen Politkformen des Konservativismus orientieren, aber strategisch auf das Handlungsfeld der „Metapolitik“ (S. 87) im Kulturkampf setzen. Ebenso müsse man Widerstand gegen dem „Leben feindliche Kräfte“ (S. 90) leisten. Abschließend heißt es: „Eine neue konservative Position ist gegenwärtig nicht genauer zu bestimmen ...“ (S. 91).

Genau diesen Eindruck hat man auch bei der Lektüre des Textes von „Das konservative Minimum“, bleibt doch Weißmanns Versuch einer Inhaltsbestimmung mehr als nur diffus. Ein „vollständiges Programm“, so schreibt der Autor, könne sich erst als „Folge“ (S. 91) eines Streits ergeben. Somit räumt er offen ein, für die Gegenwart keine klare Skizze des eigenen politischen Selbstverständnisses vornehmen zu können. Dies ist für Jemanden, der als „Kopf“ der „Neuen Rechten“ gilt, ein bemerkenswertes Eingeständnis. Und in der Tat: In dem Text findet man selten Aussagen, die über eine allgemeine Beschwörung der Entscheidung, der Erfahrung, des Lebens oder der Natur hinausgeht. Selbst bei der Gesellschaftskritik belässt es der Autor bei einer platten Klage über die von Linken zu verantwortende „Formlosigkeit der Kleidung“ oder den „Duz-Komment“ (S. 20). Klare politische Alternativvorstellungen des Konservativismus kann Weißmann nicht benennen. Er beklagt eine „Fälschung der deutschen Geschichte“ (S. 88), ohne aber Fälscher und Themen genau zu nennen. Oder er spricht vom „Kampfbegriff“ (S. 9), „unser Kampf“ (S. 89) und einer „Kampfansage“ (S. 91) – wobei man vermuten kann, wogegen er sich richtet, aber inhaltlich unklar bleibt, wofür er geführt werden soll.

Armin Pfahl-Traughber

Initiativen gegen rechts

Absage an „Nazi-Hotel"

DGB veröffentlicht Broschüre über das Engagement der Delmenhorster gegen ein angeblich geplantes braunes Schulungszentrum.

DGB veröffentlicht Broschüre über das Engagement der Delmenhorster gegen ein angeblich geplantes braunes Schulungszentrum.

Der Rechtsextremist Jürgen Rieger hatte zu keinem Zeitpunkt ein echtes Interesse am „Hotel am Stadtpark" in Delmenhorst – und er machte mit dem damaligen Besitzer Günter Mergel gemeinsame Sache beziehungsweise gemeinsame Kasse. Das hat der für seine Insider-Kenntnisse bekannte Journalist André Aden bei einer Vortragsveranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Wilhelmshaven unterstrichen. Aden ist Mitglied des auf Rechtsextremismus spezialisierten Journalisten-Netzwerkes „Recherche Nord".

Gemeinsam Kasse gemacht

Nach seinen Informationen soll der heutige Hamburger NPD-Landesvorsitzende Jürgen Rieger vom Hotelier Günter Mergel kassiert haben. Die 100-Zimmer-Herberge war Ende Dezember 2006 von der Stadt Delmenhorst gekauft worden, der Kaufpreis hatte rund drei Millionen Euro betragen. Zuvor gab es sechs Monate lang erbitterte Bürger-Proteste gegen die angeblichen Rieger-Pläne, wonach in dem Hotel ein bundesweites Schulungszentrum für Neonazis errichtet werden sollte. Viele Bürgerinnen und Bürger Delmenhorsts hatten insgesamt rund 940 000 Euro gesammelt. Sie sollten den Erwerb des Hotels durch die Kommune ermöglichen. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband hatte sich ebenfalls an den Aktivitäten der Gegner beteiligt.

Unterdessen hat der DGB eine Broschüre inklusive CD veröffentlicht. Sie informiert unter dem Titel „Keine Nazis in unserer Stadt – Wie die Stadt Delmenhorst gegen ein rechtsradikales Zentrum kämpfte" über das damalige Ringen gegen das „Nazi-Hotel". Die knapp 60-seitige Dokumentation kostet acht Euro zuzüglich Versand. Sie kann unter der Telefonnummer 0 42 21/1 70 30 angefordert werden.

Thomas Klaus

Hamburgs „braune Jungs"

„Freys Statthalter" & Co. in der Hansestadt

„NPD und militante Kameradschafter, Burschenschafter und die Nazisubkultur sind auch in Hamburg näher zusammengerückt", heißt es im Editorial der Broschüre über „Braune Jungs un Nazi-Deerns" in Hamburg. Die Herausgeber DGB-Jugend und Avanti-Projekt undogmatische Linke wollen mit der Dokumentation vor der Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008 über rechtsextreme Umtriebe in der Hansestadt aufklären. Und das aus gutem Grund: Denn von 2003 bis 2007 haben sich die Straftaten der extremen Rechten nahezu verdreifacht.

Breiten Raum nimmt der Beitrag über die DVU ein, die sich – bei Verzicht der NPD – als einzige größere Partei aus dem rechtsextremen Spektrum in Hamburg zur Wahl stellt. Die Partei des Münchner „Führers", so die Autoren, Gerhard Frey trat an Alster und Elbe im Jahr 1989 zum ersten Mal an, als sie 1,5 Prozent der Stimmen bei der Europawahl erhielt. 1997 verzeichnete sie ihren größten Erfolg, als sie den Einzug in die Bürgerschaft nur um 190 Stimmen (0,02 Prozent) verpasste. Interessant sind die Passagen über „Freys Statthalter" in Hamburg. Was der Leser über die DVU-Aktivisten Sven Eggers („entstammt eine Familie mit klarer NS-Vergangenheit"), Archibald Felsch und den amtierenden Landesvorsitzenden Gerhard Schlemmer erfährt, reicht weit über das im aktuellen Hamburger Verfassungsschutzbericht Publizierte hinaus. Weitere Kapitel beschäftigen sich mit dem „zweiten Frühling der Hamburger NPD", den Freien Kameradschaften, dem rechten Wählerpotenzial in der Hansestadt und „antifaschistischen Strategien gegen Rechts". Zum Weiterlesen lädt eine ausführliche Literaturliste auf der letzten Seite ein.

Fazit: Die Autoren haben pünktlich zur Wahl eine kenntnisreiche Dokumentation über die Aktivitäten am rechten Rand der 1,8 Millionen-Metropole vorgelegt.

Volker Stahl

Bestellung der kostenlosen Broschüre „Braune Jungs un Nazi-Deerns. Hamburg ganz rechts" unter: jugend.nord@dgb.de oder hamburg@avanti-projekt.de

Blick in die Zeitgeschichte

Systematische Ausgrenzung

Bundesminister Wolfgang Tiefensee stellt Gutachten über die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums vor.

Anders als die Mittäterschaft der seit 1937 dem Ministerium unterstellten Deutschen Reichsbahn bei der Ausrottung der europäischen Juden – vor allem bei den Deportationen – war die Initiative und Mitwirkung des Reichsverkehrsministeriums (RVM) bei ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung und Verdrängung bisher weitgehend unbekannt. Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, und Hermann Simon, Direktor der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, bedankten sich deshalb ausdrücklich bei Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, der – beispielhaft für andere Institutionen, die sich noch zögerlich verhielten – ein Gutachten über die Rolle der Vorgängerinstitution seines Ministeriums während der NS-Zeit in Auftrag gegeben habe. Charlotte Knobloch sprach von einer wichtigen Studie zur Erkenntnis der Genese des Nationalsozialismus und seiner Strategie, alle Bereiche der Gesellschaft durch die Legalisierung von Willkürmaßnahmen zu durchdringen, um so die Juden schrittweise aus dem Leben zu drängen. Und sie sah Ähnlichkeiten mit dem Vorgehen der NPD, die ja ebenfalls auf legalem Wege agiere. Damals habe man viel zu lange schweigend zugesehen, aus Angst, Missgunst, Bereicherungssucht, Karrieredenken, und schließlich auch die Deportation der Juden schweigend hingenommen.

Vorgestellt wurde das Buch am 18. Dezember 2007 in dem nach Erich Klausener benannten Saal des Ministeriums in der Berliner Invalidenstraße. Von 1916 bis 1933 Leiter der Polizeiabteilung im Preußischen Ministerium des Innern, seit 1928 Vorsitzender der Katholischen Aktion im Bistum Berlin und ab Februar 1933 Leiter der Schifffahrtsabteilung im RVM, trug Klausener alle antijüdischen Maßnahmen mit. Er wurde nach seiner kritischen Rede auf dem Märkischen Katholikentag am 25. Juni 1934 über die Rechte der Kirche und der katholischen Vereine unter der Hitler-Regierung, die großes Aufsehen erregte, am 30. Juni im Gefolge der so genannten Röhm-Affäre von einem SS-Kommando in seinem Dienstzimmer ermordet: Eine Vermischung von Täterschaft und tatkräftiger Moral, so Tiefensees Sprecher Rainer Lingenthal, die auch zu jener Zeit gehöre.

In Hunderten von Erlassen bis 1942 mit immer neuen judenfeindlichen Bestimmungen und Schikanen betrieb das RVM den Prozess der systematischen Benachteiligung und Ausgrenzung, Ausdruck einer Detailversessenheit und Regelungswut, die im Erlass vom 18. September 1941, der frühere zusammenfasste, besonders deutlich wird: „Juden dürfen Schlaf- und Speisewagen sowie Ausflugswagen und Ausflugsschiffe innerhalb und außerhalb ihrer Wohngemeinde nicht benutzen ... dürfen bei starkem Andrang ... nicht zusteigen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müssten ... dürfen grundsätzlich nur dann Sitzplätze einnehmen, wenn diese nicht für andere Reisende benötigt werden."

Alfred Gottwaldt, der am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin eine empirische Untersuchung der Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an der Ermordung der europäischen Juden vorbereitet, wies in der Diskussion auch auf die weitgehende personelle Kontinuität in den Führungspositionen des RVM seit der Weimarer Republik hin, die nach Kriegsende noch andauerte: „Die Mehrzahl der jüngeren Ministerialräte aus Berlin setzten nach 1949 ihre Karrieren in der organisatorisch wieder selbständig gemachten Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn in Frankfurt am Main bis zum Erreichen der Altersgrenze fort." Widerständiges Verhalten habe es im Übrigen ganz selten und eher bei den kleinen Leuten der Eisenbahn gegeben, Sozialisten und Kommunisten, von denen viele ihren Mut mit dem Leben bezahlt hätten.

Theo Meier-Ewert

Alfred Gottwaldt und Diana Schulle, „Juden ist die Benutzung von Speisewagen untersagt", Die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums zwischen 1933 und 1945, Forschungsgutachten, erarbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Verlag Hentrich & Hentrich, Berlin 2007 (= Schriftenreihe des Centrum Judaicum; hrsg. von Hermann Simon, Bd. 6), 119 Seiten, 20 Euro.

Daten deutscher Geschichte

Vor 75 Jahren übernahmen Hitler und seine Nazi-Partei die Macht – demokratische Politiker und Gewerkschafter wurden alsbald verhaftet, die Verfolgung der Juden nahm ihren Lauf.

Auch für 2008 versucht „blick nach rechts" einen Überblick über die Ereignisse vor 75 und vor 70 Jahren, also 1933 und 1938, zu geben. Am Anfang steht unbestritten der 30. Januar 1933, der Tag, an dem Hitler Reichskanzler wurde und das große Unglück begann. Demokratische Parteien hatten sich gegenseitig mitunter blutig bekämpft, statt gemeinsam Front gegen die NSDAP zu machen. Bei der Reichstagswahl am 30. Januar 1933 bekamen sie dafür die Quittung: Die NSDAP wurde stärkste Partei, Hitler Reichskanzler.

Der Reichstagsbrand als Fanal

Vier Wochen darauf war das erste Warnzeichen nicht zu übersehen. In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 stand das Reichstagsgebäude in Berlin in hellen Flammen. Jahrzehntelange Debatten darüber, ob das Gebäude in Brand gesteckt wurde und wer dafür die Verantwortung trug, haben die Gemüter erhitzt. Dabei ist historisch mindestens ebenso wichtig, welche Konsequenzen der Brand hatte. Die neue Regierung missbrauchte das Fanal, um gegen demokratische Parteien und Gewerkschaften vorzugehen und Funktionäre zu verhaften. Einer der ersten war der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann. Er wurde am 3. März 1933 festgenommen und kurz vor der Befreiung 1945 im KZ Buchenwald bei Weimar ermordet. Andere Funktionäre flohen in benachbarte Staaten, etwa der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun (SPD), der sich am 4. März 1933 in der Schweiz in Sicherheit bringt. Am 7. April 1933 verabschiedete der Reichstag als erste antisemitische Maßnahme das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", das es Juden unmöglich machte, Beamte zu bleiben oder zu werden. Zahlreiche „Durchführungsverordnungen" schlossen jüdische Arbeiter und Angestellte bei Behörden aus, andere betrafen jüdische Honorarprofessoren, Rechtsanwälte, Patentanwälte.

Im April 1933 entstand eine neue Behörde, die zum Inbegriff von Willkür und Furcht wird: Die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die am 26. April 1933 gegründet wird. Trotz solcher – oder vielleicht sogar wegen solcher – menschenfeindlichen Gesetze und Verordnungen ist der Andrang bei der NSDAP so groß, dass am 1. Mai 1933 eine Aufnahmesperre verfügt werden muss. Neun Tage später, am 10. Mai 1933, lodern in den deutschen Universitätsstädten Scheiterhaufen. Tausende Studenten folgen dem Aufruf des „Kampfausschuss der Deutschen Studentenschaft" und verbrennen öffentlich „undeutsche" Autoren. Das waren Werke weltberühmter Schriftsteller, die in den Flammen landeten: Thomas und Heinrich Mann, Alfred Döblin, Franz Kafka und viele andere.

Der Juni vor 75 Jahren endete mit dem Verbot der ältesten großen deutschen Partei. Am 22. Juni 1933 wurde die Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) verboten. Anstatt sich mit der SPD zu solidarisieren, zu Protestmärschen aufzurufen, lösten sich die anderen Parteien selbst auf. Die Reichstagsabgeordneten der „Deutschen Nationalen Volkspartei" (DNVP) wechselten direkt zur NSDAP-Fraktion. Die anderen Parteien kapitulierten ebenfalls, als letzte folgte am 5. Juli das „Zentrum".

Am 21. September 1933 herrscht vor dem Gebäude des Reichsgerichts in Leipzig beängstigendes Gedränge. An diesem Tag beginnt vor dem höchsten deutschen Gericht das Strafverfahren wegen des Brands des Reichstagsgebäudes am 27. Februar 1933. Angeklagt sind der Vorsitzende der KPD-Reichstagsfraktion, Ernst Torgler, ein niederländischer Antifaschist namens Marinus van der Lubbe, sowie drei Bulgaren, unter ihnen das Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff. Die Hauptverhandlung dauert drei Monate. Am 23. Dezember folgen die Urteile. Van der Lubbe wird zum Tode verurteilt, die anderen Beschuldigten werden freigesprochen.

Ende Juni 1933 wird die SPD verboten

Im Jahr 1938 ist Hitler seit fünf Jahren Reichskanzler. Er steht an der Spitze der Reichsregierung und führt die stärkste deutsche Partei: Die NSDAP. Aber er will auch an die Spitze der Wehrmacht. Die allerdings untersteht noch einem Reichskriegsminister (Werner Blomberg). Unter ihm rangiert an zweiter Stelle ein Oberbefehlshaber des Heeres (Freiherr Werner von Fritsch). Das soll auf Wunsch Hitlers geändert werden. SS-Chef

Heinrich Himmler und Hermann Göring, der erste Mann hinter Hitler, ziehen die Fäden. Fritsch und Blomberg werden hinter vorgehaltener Hand verdächtigt, homosexuell zu sein und am 4. Februar 1933 entlassen. Die Wehrmacht wird auf Hitler persönlich vereidigt. Hitler hat erreicht, was er wollte. Die Wehrmacht untersteht ihm persönlich.

Nur wenige Wochen darauf befiehlt Hitler den Einmarsch in die Republik Österreich – den „Anschluss“. Am 13. März 1938 stehen deutsche Soldaten in Wien. Die Bevölkerung jubelt, Hitler erklärt in Wien vor Zehntausenden von Österreichern die „Heimkehr“ seiner Heimat ins Deutsche Reich. Die Zustimmung ist überwältigend, der Widerstand nicht nennenswert. Am 26. März kommt Göring nach Wien, unter anderem um die ersten Maßnahmen gegen Juden anzukündigen. Fünf Tage später, am 1. April 1938, rollt der erste Deportationszug mit 151 prominenten Österreichern, unter ihnen die Führung der großen Wiener jüdischen Gemeinde, nach Norden ins Konzentrationslager Dachau bei München. Am 7. April 1938 bekommt die „Ostmark“, wie Österreich von nun an genannt wird, ihr eigenes KZ: Es ist Mauthausen in Oberösterreich. Ausschlaggebend für die Ortswahl war ein gewaltiger Steinbruch, dessen Steine für repräsentative NSDAP-Gebäude benötigt wurden. Das nächste neue KZ Flossenbürg in Oberbayern wird wenig später, nämlich am 3. Mai 1938 eröffnet. Auch hier gibt es einen großen Steinbruch – Material für Neubauten der Nazi-Partei vor allem in der „Hauptstadt der Bewegung“ München und in Nürnberg.

„Anschluss“ der „Ostmark“

Mitten im Sommer des Jahres 1938 geht die Ausgrenzung der Juden weiter. Dieses Mal sind es die jüdischen Ärzte. Über sie wird ein Berufsverbot verhängt. Sie dürfen sich nur noch „Krankenbehandler“ nennen und Juden versorgen. Etliche nichtjüdische Patienten gehen trotzdem weiter zu ihrem Arzt – gleichgültig ob jüdisch oder nicht.

Mit dem „Anschluss“ Österreichs ist Hitlers Machtgier noch nicht gestillt. Er fordert von Prag öffentlich die Abtretung des zur tschechischen Republik gehörenden Sudetenlandes. Hohe Generäle unter Führung von Generaloberst Ludwig Beck erwägen, Hitler festzunehmen, um einen Krieg zu verhindern. Nach einem detaillierten Plan wollen sie Hitler am 28. September verhaften. Doch da erklären sich London, Paris und Rom mit einer Konferenz über die Zukunft des Sudetenlandes einverstanden. Sie beginnt am 29. September 1938 in München und endet am folgenden Tag mit dem einstimmigen Beschluss, Prag müsse der Abtretung zustimmen. Mittlerweile gehört die „Münchner Konferenz“ zu den historischen Ereignissen. Das „Abkommen“, das ein Diktat war, tritt am 1. Oktober 1938 in Kraft.

Im Oktober gehen die Maßnahmen, Verordnungen und Erlasse gegen die deutschen Juden unvermindert weiter. Am 5. Oktober müssen sich alle Juden bei ihren Behörden melden, um in ihre Ausweise ein großes J stempeln zu lasen. Am 28. Oktober werden 15 000 in Deutschland lebende Polen nach Osteuropa abgeschoben. Sie hausen im Niemandsland unter erbärmlichen Umständen. Schließlich öffnet Warschau seine Westgrenze und nimmt die 15 000 auf, ohne freilich ihre Versorgung übernehmen zu können. Zu diesen entwurzelten Menschen gehören auch die Eltern des in Frankreich lebenden jungen Juden Herschel Grynszpan. Dieser will die Öffentlichkeit auf die Lage seiner Eltern und der dort vegetierenden Juden aufmerksam machen. Am 7. November 1938 geht er in die deutsche Botschaft in Paris und schießt auf den deutschen Legationssekretär Ernst von Rath, der am Tag darauf seinen Verletzungen erliegt.

Hitler ist am 8. November wie seit vielen Jahren in München, um am 9. November den Jahrestag seines Putschversuchs von 1923 zu begehen. Goebbels meldet Hitler den Tod des Diplomaten von Rath. Beide beschließen, die Gelegenheit zu einer reichsweiten Aktion gegen Juden zu nutzen. Das Ergebnis ist die „Reichspogromnacht“ in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938. Viele Synagogen werden gebrandschatzt, jüdische Friedhöfe geschändet, jüdische Einrichtungen geplündert und zerstört, Hunderte von jüdischen Männern ins KZ deportiert. Den deutschen Juden wird eine „Sondersteuer“ in Höhe von 1,12 Reichsmark auferlegt, der Staat beschlagnahmt die Versicherungsleistungen für die Schäden, viele verarmen. Die Flucht der deutschen Juden vor ihren eigenen Landsleuten steigt sprunghaft – noch können sie fliehen.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Braune Soße für die Jugend

Köln – In einer Auflage von 10 000 Exemplaren will der Nachwuchs der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung pro NRW“ im Januar an nordrhein-westfälischen Schulen die vierte Ausgabe der Jugendzeitschrift „Objektiv“ verteilen – ein Blatt mit unverhohlen rechtsextremen Anklängen. So wird in dem Heft postuliert: „Gemeinnutz sollte immer vor Eigennutz stehen“, – eine Formulierung, die letztendlich an die Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz“ im 25-Punkte-Programm der NDSAP denken lässt. Und wie andere Vertreter der extremen Rechten bringen die „Objektiv“-Autoren das „Volk“, das sich durch „gemeinsame Sitten und Gebräuche, die Normen und Werte und die Kultur“ auszeichne, in einen Gegensatz zur „Droge Liberalismus“ – einer politischen Strömung, die „diese Gemeinsamkeiten auslöschen“ wolle und „höchst schädlich für alle Menschen“ sei. Damit nicht genug, wird in der neuen „Objektiv“-Ausgabe notiert, „unser Vaterland“ sei 1989 nur „zum Teil wiedervereinigt“ worden. Angegliedert wurde demnach lediglich „Mitteldeutschland“. Und rückblickend auf 1945 heißt es in der Jugendzeitschrift von „pro Köln“ und „pro NRW“, die ansonsten immer ihre Grundgesetztreue beteuern: „Die Siegermächte des Zweiten Krieges haben uns von den Nationalsozialisten befreit und brachten gleichzeitig neues Unheil über die Deutschen.“ (ts)

„Unberechenbarer werden“

Wernigerode – Der neue Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Michael Schäfer will der Organisation ein schärferes Profil verpassen. Im Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ erklärt Schäfer, dass die JN „neben den ausgetretenen Pfaden von angemeldeten Demos, Flugis verteilen und den bekannten Sachen ... wieder unberechenbarer, kreativer und einfallsreicher werden“ müssten. Schäfer ist seit Oktober neuer Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation JN. Der im sachsen-anhaltinischen Wernigerode wohnhafte Schäfer (Jg. 1982) bekennt sich in der Dezember-Ausgabe der DS dazu „ein Freund jeder guten Aktion“ zu sein, „die den derzeit Herrschenden zeigt: ‘Ihr seid niemals unter euch, ihr müsst immer mit uns rechnen’“. Die JN, so Schäfer, stünden für einen „modernen Nationalismus des 21. Jahrhunderts“. Darunter versteht der Student der Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität in Halle/Saale, einen „Befreiungsnationalismus, der sozialistisch ist im Wirtschaftlichen, national ist im Staatlichen, völkisch im Kulturellen und freiheitlich im Denken.“ Schäfer, einst bei der CDU beheimatet, trat erst 2005 der NPD und den JN bei. Er ist gleichzeitig Vorsitzender der NPD-Kreistagsfraktion des Harz-Kreises. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de